SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

PRESSEMITTEILUNG
Verantwortlich HAIKO MEENTS | Redaktion KLAUS WIESCHEMEYER

Rede
von

Philipp Meyn, MdL

zu TOP Nr. 12

Abschließende Beratung
Reform der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe stoppen - politische Bildung stärken - Allgemeinbildung sichern!

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/9904

während der Plenarsitzung vom 07.10.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Rot-Grün und das MK denken Schule mit den zentralen Bildungsakteuren im Land weiter.

Das ist ganz maßgeblich an dieser Oberstufenreform ablesbar.

Die Opposition in Form der CDU sagt: „Stopp, das haben wir schon immer so gemacht!“ und redet jetzt über Leistungsabfall in der Oberstufe. Wenn wir uns den Entschließungsantrag anschauen, geht es - und das ist in Ihrer Rede leider so gar nicht herausgekommen - ausschließlich um den 11. Jahrgang, um die Einführungsphase.

Das ist wichtig zu erkennen, weil wir uns dann mal anschauen müssen, wie es denn aktuell läuft.

Der 11. Jahrgang wird von vielen Schülern als ein „Abhängjahrgang“ gesehen; das muss man hier mal ganz deutlich sagen. Man geht aus Jahrgang 10 mit einem Abschluss in Jahrgang 11 im Klassenverbund, hat keine Wahlmöglichkeiten und wartet händeringend darauf, dann in Jahrgang 12/13 die Leistungskurse zu wählen und in die Themen einzusteigen, die einen wirklich interessieren.

Genau das gehen wir jetzt mit mehr Wahlfreiheit ab Jahrgang 11 an.

Es ist ja schön, dass ich noch mal als Lehrer aktiv sein kann.

Wer behauptet, dass die Reform der Einführungs-phase Standards senke, Wissenschaftsfähigkeit absenke und die gesamte Leistungsbereitschaft infrage stelle, der liegt falsch. Mehr Wahlfreiheit führt nicht zu einem geringeren Niveau, sondern zu einer Vertiefung der Inhalte und stärkerer Motivation.

Deswegen noch mal kurz in meiner Lehrerfunktion: Sie haben vier Schwächen in diesem Antrag - ich mache das auch kurz, damit es nicht so hart wird -: Erste Schwäche: Die Schülerperspektive wird in Gänze ignoriert. Kein einziger Satz aus der Schülerperspektive, warum mehr Wahlfreiheit - also das zu tun, was einen wirklich interessiert - nicht sinnvoll sein sollte! Es gibt doch zum Beispiel MINT-begeisterte Kinder, die gerne die naturwissenschaftlichen Fächer unterrichtet bekommen. Das war bislang nicht möglich. Jetzt aber ist es möglich, weil Chemie, Physik, Mathe und Informatik schon in Jahr-gang 11 gewählt werden können. Was daran problematisch für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit sein soll, das können Sie hier nicht erklären, das ist einfach falsch!

Im gymnasialen Bereich redet man oft über Wissenschaftspropädeutik. Die braucht Zeit. Man braucht Raum für kritisches Denken, methodische Schulung und vertiefte argumentative Urteilsbildung. All das wird jetzt nicht zurückgezogen, sondern

verstärkt. Dabei geht es auch um die Wahl anderer Prüfungs-formate: weg von KI-anfälligen Hausarbeiten hin zu mündlichen Kolloquien, kombinierten Leistungs-nachweisen und einer echten Diskursfähigkeit.

Zu einer weiteren großen Schwäche. Frau Johannes hat uns im Ausschuss sehr deutlich darauf hin-gewiesen - und da kam kein einziges Widerwort von Ihnen -, dass wir als Kultuspolitiker das Gesamtsystem im Auge behalten müssen. Das fällt mir als Lehrer für Politik-Wirtschaft auch nicht immer leicht. Nun ist Fakt, dass Politik-Wirtschaft in der Einführungsphase jetzt nicht mehr verpflichtend ist. Das finde ich als Politiklehrer nicht sonderlich gut. Aber wir können - das kennt man aus der Kommunalpolitik - Politik nicht nach dem Motto machen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Deswegen ist diese Wahlfreiheit unbedingt richtig.

Schauen wir uns einmal genau an - Frau Ramdor, das haben Sie nicht gemacht -, was in Jahrgang 11 in Politik-Wirtschaft gelehrt wird. Sie haben gesagt, es müsse Wissen über die politischen Ebenen, das politische System und seine Funktionsfähigkeit gelehrt werden. Das ist alles richtig. Aber - Herr Fühner, Sie können das kurz googeln - das wird schon in Jahrgang 9 gelehrt. In Jahrgang 11 geht es um den Wandel der Arbeitswelt in der globalisierten Gesellschaft und um globale politische und ökonomische Prozesse. Das ist sehr wichtig und wird auch in Erdkunde gelehrt. Dazu gibt es gleich noch Informationen von Herrn Mennen.

Gestern hat uns - ich vermute, Sie haben das auch erhalten - der Museumsverband mit der Forderung geschrieben, der Geschichtsunterricht müsse Pflichtfach bleiben, sonst drohe ein Fachkräftemangel bei Historikern. Dazu muss man sagen: Wer wirklich historisches Interesse hat, der wird in Jahrgang 11 Geschichte wählen, und der wird in den Jahrgängen 12 und 13 den Leistungskurs Geschichte wählen. Insofern ist das kein Argument, Wahlfreiheit in Zweifel zu ziehen.

Viertens. Der Antrag zeigt leider puren Phlegmatismus statt eigener Ideen. Eigene Ideen? Nüscht! Es gibt in diesem dünnen Antrag mit zwei Aspekten keine einzige Idee. Gesagt wird nur, was alles nicht geht. Und: Bitte legt uns etwas anderes vor! Das ist auch eine grundsätzliche Frage: Wenn wir so mit Reformen umgehen - wenn wir nur sagen: So wollen wir es nicht; wie wir es wollen, wissen wir auch nicht; erst einmal wollen wir gar nichts -, dann kommen wir in der Schule und in unserem Land nicht voran.

Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. Es war für mich an dieser Stelle fast noch nie so einfach wie heute, einen Antrag abzulehnen.

Wir denken Schule weiter und wissen die Verbände dabei auf unserer Seite. Es wurde immer wieder hervorgehoben, wie partizipativ dieser Prozess war und dass das Resultat jetzt einfach kommen muss.

Ich bin gespannt auf die nächsten beiden Redebeiträge.

Besten Dank.